

Mahnruf

Organ der Kommunistischen Linksopposition

Zu beziehen durch
Hans Thoma, Wien, II, Novaragasse 24
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13

WIEN — GRAZ
Nr. 4 Februar 1932 4. Jahrg.

Erscheint 14 tägig. — Preis bei Arbeitslosenvermittlung und Auszahlungsstellen 12 Groschen.
Abonnement vierteljährig S — 90

Kommet zur Besinnung!

„Das sicherste Mittel, eine neue politische (und nicht nur politische) Idee zu diskreditieren und zu schädigen“, schrieb Lenin, „besteht darin, sie, im Namen ihres Schutzes, bis zur Absurdität zu bringen. Denn jede Wahrheit kann man, wenn man sie bis zum „Uebermaß“ bringt, wenn man sie über die Grenzen ihrer wirklichen Anwendbarkeit hinaus ausdehnt, zur Absurdität machen, und sie wird unter den angeführten Umständen zur Absurdität.“

Die Stalinbrokraten haben einmal gelernt, daß die Sozialdemokratie der linke Flügel der bürgerlichen Gesellschaft ist. Diese absolut richtige These haben sie in ein Absurdum verwandelt, indem sie sie in die Zwangsjacke der „Theorie“ vom Sozialfaschismus gesteckt haben. Diese „sozialfaschistische Theorie“ geht davon aus, daß die Sozialdemokratie ein Teil des Faschismus, und zwar dessen linker Flügel sei. Und da die Stalinbrokraten aller Länder, die Kreaturen des Meisters sind, mußten sie versuchen, diese Theorie durch die „Wirklichkeit“ bestätigen (rehabilitieren) zu lassen. War diese Theorie schon die Frucht einer Vergewaltigung der Wirklichkeit, so erst recht ihre „Rehabilitierung“. Und dazu erblickten im Mai 1930 Thesen des EKKI über Oesterreich das Licht der Welt, die als allerhöchste Offenbarung galten. Da hieß es:

„Die am 29. September 1929 abgeschlossene zwei-jährige Kampftappe des oesterreichischen Proletariats endete nicht mit seinem Siege, sondern mit dem Siege des Faschismus.“

„Am 5. Dezember legte dann das Parlament, unter offener Mitwirkung der sozialdemokratischen Abgeordneten, die Tatsache der Aufhebung der faschistischen Diktatur in der Verfassung fest.“

„Die Oesterreichische Sozialdemokratie bildet heute eine wirkliche Basis für die faschistische Diktatur... Besonders wichtig ist es jetzt hervorzuheben, daß ein Zusammenschu von Sozialdemokratie und Faschismus zum Zwecke der Festigung der faschistischen Diktatur erfolgt.“

Wenn man das liest, bleibt einem die Spucke weg. Und trotzdem, heute noch, und gerade in der letzten Zeit im ansteigendem Maße, wird dieser haarsträubende Unsinn, die SP sei die Basis des Faschismus, als bolschewistisches Kriterium in die Köpfe der jungen Kadets gedrillt, und ist, was das gefährlichste ist, die Grundlage der Taktik der KPO.

Und da man der Wirklichkeit nicht ungestraft Gewalt antun darf, kam am 9. November der große Durchfall. Die KP blieb mit zerschlagenen Knochen am Kampffeld der Wahlen liegen, nachdem sie schon vorher den letzten Einfluß in den Betrieben und Gewerkschaften verloren hatte. Wollte sie überhaupt wieder atmen, so mußte sie die hr von den hypochondrischen Stalinjngern aufgedrängte Hypothese — in Oesterreich herrsche die faschistische Diktatur — ber Bord werfen. Und das geschah am 11. Parteitag, der, als ob nichts gewesen wäre, wie ein Zauberer die „faschistische Diktatur“ verschwinden ließ und in seinen Thesen, die Verschärfung der kapitalistischen Diktatur bei Verhüllung durch demokratische Formen feststellte. Und damit war auch vor den Massen der Versuch der „Rechtfertigung“ der „sozialfaschistischen Theorie“ zusammengebrochen. Aber nur scheinbar. Was ein echter Stalinist ist, der bleibt fest wie ein Schildbürger. Stimmt die Theorie nicht mit der Wirklichkeit überein, dann um so schlechter für die Wirklichkeit, sagt selbstgefällig der Stalinbrokrat und beginnt wieder von vorne, in Säcken Licht in ein Haus ohne Fenster tragen zu wollen.

Jetzt ist die KP-Führung wieder dort angekommen, wo sie vor dem 29. September 1929 gestanden ist. Nur mit einem Unterschied, daß wir gegenwärtig wirklich dem Entscheidungskampf mit dem Faschismus entgegengehen und die KP bei Wiederholung ihrer alten Taktik wie ein Schiff ohne Steuer im Sturme zerschellen muß.

Im November 1929 schrieb Trotzki:
In Oesterreich ... bildet den Ausgangspunkt für die mögliche revolutionäre Entwicklung nicht der Kampf des Kommunismus mit dem „Sozialfaschismus“, sondern der Zusammenstoß der Sozialdemokratie mit dem Faschismus. Angesichts dieser Tatsache ist die unglckseligste kommunistische Partei ganz in die Sackgasse hineingetrieben.

Ja, der Zusammenstoß der Sozialdemokratie mit dem Faschismus ist jetzt die grundlegende Tatsache der Oesterreichischen Politik. Die sozialdemokratische Partei weicht zurück und gibt nach, sie kriecht auf dem Bauch, flieht an und gibt eine Position nach der anderen auf. Aber dessen-

Die Regierung plant Entwaffnung!

Immer mehr verdichten sich die Ankündigungen über die innere Abrstung. Der frischgebackene Polizeiminister will sich dadurch einen Namen schaffen, daß er unter dem Vorwand allseitiger Abrstung die Arbeiterschaft restlos entwaffnet. Ja, er geht gar so weit, daß er von Abrstung unter gegenseitiger Kontrolle spricht. Es wirkt wie eine Groteske, wenn man die Frage der inneren Abrstung im Spiegel der sozialdemokratischen Politik betrachtet. Seit Jahren wurde von der SP in abertausend Versammlungen, Parlamentsreden, Zeitungsartikeln und sogar durch feierliche Parteitagsbeschlsse jene Abrstung gefordert, die der Polizeiminister jetzt projektiert. Und immer wurde sie von der Regierung abgelehnt. Und jetzt, wo sich die SP unter dem Drucke der Arbeiter und der Tatsachen zur Bewaffnung der Arbeiter bekennet, da kommt die Bourgeoisie mit der Abrstung. Und verzweifelt sagt Danneberg in seiner Parlamentsrede zur Regierungserklärung:

„zu einer Abrstung als Komödie oder gar einer einseitigen Abrstung als ein Vorspiel zu einer Diktatur, die ihre Gegner zuerst wehrlos machen will, wird sich die Arbeiterklasse in Oesterreich nicht hergeben.“

Das glauben wir ihm schon, aber wie wird sich Danneberg, Bauer, Seitz, Deutsch, Renner usw. verhalten? Diese Worte haben, so wie jede radikale Phrase im Munde der SP-Führer ein Hinterturcin. Was jenen Danneberg nicht näher erklären, was er unter Abrstung versteht, die keine Komödie oder nicht das Vorspiel für eine Diktatur wäre? Er mußte, wollte er nicht Judas sein, antworten, eine solche Abrstung gibt es nicht, es sei denn, die Entwaffnung der Bourgeoisie durch die Arbeiterklasse. Aber das wäre un-demokratisch im Sinne Dannebergs. Was wird also geschehen?

Die müssen wir uns umsehen, was vorgeht. Da verweist die „Arbeiter-Zeitung“ vom 5. Februar auf die Intrige Seipels und schreibt:

„Seipel will die politischen Voraussetzungen für seine Diktatur schaffen, indem er, nachdem er eben erst die Regierung in eine Krise gestürzt hat, jetzt schon neue Krisen vorbereitet, durch die er das parlamentarische Regierungssystem sprengen zu können hofft.“

Im wesentlichen ganz richtig. Was schlussfolgert die „AZ“ aus dieser Tatsache? Hören wir weiter:

„Den einen Weg, der möglich ist, hat Danneberg aufgezeigt. Er wird gegangen werden, wenn die demokratischen Kräfte im Bürgertum endlich erkennen, daß kein stabiles und kräftiges Regimen in Oesterreich mehr möglich ist, ohne oder gegen die Arbeiterklasse, ohne und gegen jene zwei Fanzel des ganzen Volkes, die die Sozialdemokratie vertritt. Der andere Weg, der sonst noch übrig ist, das ist der, zu dem Seipel das Land verlocken will: der Weg des Abenteuers, des Bürgerkrieges, der Diktatur. Die alten Methoden sind abgetan. Einen oder den andern Weg wird Oesterreich gehen müssen. Die Entscheidung wird bald kommen; denn dieses Zwei-

schenspiel der zweiten Regierung Buresch wird nicht lang dauern.“

In diesen Worten gibt die SP-Führerschaft eigentlich die Antwort auf die Abrüstungsfrage. Sie ist zu allem bereit, zur „Entwaffnung“ unter gegenseitiger Kontrolle, zur Fortsetzung der Rothschildsaniertheit, zu allen Opfern für die bankrotte kapitalistische Wirtschaft, zur Tolerierung jeder Regierung, die der Sozialdemokratie das Leben gewahrtet und ihr die feindliche Konkurrenz, den Faschismus, vom Leibe hilt. Doch schlecht sind die Zeiten für die sozialdemokratischen Lakaien. Noch vor zwei oder drei Jahren wäre eine solche Lösung auf eine Zeit lang möglich gewesen. Heute ist's nur mehr ein Traum. — Es wäre so schön gewesen.

Das demokratische Bürgertum ist vielleicht noch fähig, ein paar Arbeiterheime nach Waffen zu durchsuchen, eventuell zu beschlagnahmen und einige schmutzige Angriffe auf die sozialen Gesetze (Lehrlingschutz, Arbeitslosenfürsorge) zu unternehmen; aber für ein „stabiles und kräftiges Regimen“ sind andere da ...

Rücksichtslos muß sich die Arbeiterschaft dagegen verhalten, daß ihr unter Deckung dieses Schwindels auch nur ein Gewehr, ja nicht einmal eine leere Hlse, genommen wird. Nur auf seine Klasseninteressen achtend, muß das Proletariat gegen jede Tolerierungspolitik des scharsten Kampfes führen. Es ist an der Zeit, die abwartende Haltung aufzugeben. Die Dinge nehmen ihren vorgezeichneten Verlauf — ber das Diktaturregime zum offenen Faschismus.

Die Klassenfront muß ausgerichtet werden. Zauderer, Bremser und Ordnungsmacher müssen durch entschlossene Kämpfer gegen den Faschismus ersetzt werden. Die proletarischen Massenorganisationen müssen in Aktion treten. Die „Disziplin“ des Zurckweichens muß der Kampfdisziplin des revolutionären Massenkampfes Platz machen.

Der 5. Weltkongreß beschloß ...

Einheit von unten und gleichzeitig Spitzenverhandlungen. Diese Methode muß oft in den Ländern angewandt werden, in denen die Sozialdemokratie noch eine bedeutende Macht ist ... Das wichtigste hierbei ist, zuvor in den Arbeitermassen, auch unter den sozialdemokratischen Arbeitern, eine Stimmung zugunsten dieser oder jener Aktion, des Eintritts in diesen oder jenen Kampf zu erzeugen, um darauf erst an die offiziellen Organe der Sozialdemokratie heranzutreten, sie so bereits vor die vollendete Tatsache der Existenz bestimmter Stimmungen in der Arbeiterklasse stellend, und sie im Falle ablehrenden Verhaltens vor den Massen zu entlarven. („Die Taktik der Komm. Intern.“ Beschlüsse des V. Weltkongresses, S. 20.)

Abonniert den „Mahnruf“

ungeachtet hat der Zusammenstoß einen ganz realen Charakter, es geht um Sein oder Nichtsein der sozialdemokratischen Partei. Ein weiteres Vorrücken der Faschisten kann — muß — die sozialdemokratischen Arbeiter und sogar einen Teil des sozialdemokratischen Apparates viel weiter stoßen als zu der Grenze, die der Bauer, Seitz und andere sich gestellt haben. Wie aus dem Konflikt des Liberalismus mit der Monarchie sich oftmals eine revolutionäre Situation entwickelte, die später über beide Gegner hinauswuchs, so kann aus dem Zusammenstoß der sozialdemokratischen Partei mit dem Faschismus — zweier gegnerischen Bevollmächtigten der Bourgeoisie — eine revolutionäre Situation entstehen, die über beide hinauswacht.“

Diese Einschätzung hat auch heute volle Gültigkeit. Und die Taktik der KPO unter Führung der Stalinbrokraten? Sie bewegt sich in derselben Sackgasse wie 1929.

Im Appell des ZK unserer Partei vom 4. Februar heißt es: ... die Arbeitermassen, die, enttäuscht und verraten, sich nunmehr von der Sozialdemokratie abzuwenden beginnen, auf Grundlage des Kampfes um ihre Tagesforderungen in der Roten Einheitsfront zu sammeln...“ Und was ist die Rote Einheitsfront? Darauf antwortet Koplenig am Wiener Einheitskongreß: „Die Rote Einheitsfront bedeutet Vereinigung der Werktätigen zum Kampf — Klasse gegen Klasse!“

Das heißt, die Klasse des Proletariats, das unter Führung der KP, gegen die kapitalistische Klasse kämpft, reduziert sich nur auf jene Arbeiter, die sich „enttäuscht und verraten, nunmehr von der Sozialdemokratie abzuwandern beginnen ...“ Und die Arbeitermassen, die in der SP und den Gewerkschaften verbleiben (also nicht zur KP und RGO gehen), zählen nach der Politik der Parteiführung zur feindlichen (!?) Klasse, oder wie es so schön heißt, zum Sozialfaschismus. Und mit dieser Roten Einheitsfront will die KP den Faschismus besiegen!? Ist diese Vogelstraupolitik nicht gleichbedeutend mit der Kapitulation vor dem Faschismus? Objektiv ja. Denn sie verzichtet im voraus auf die Propagierung und Organisation der wirklichen Kampfaktivitat der Arbeiterklasse.

Nicht zuletzt durch das Versagen der KPO in den vergangenen Jahren kann man die oesterreichische Sozialdemokratie mit der Arbeiterklasse identifizieren. Und daß die oesterreichische Bourgeoisie in der Sozialdemokratie jenen großartigen Puffer besitzt, der den Druck der Arbeiterklasse aufhält, verdankt sie unseren Stalinbrokraten aller Kalibers.

Die Rote Einheitsfront ist nur die Hlle, hinter der das ZK seine ins Verderben führende Politik und Taktik vor den ... von der SP gewaltsam abgestoßenen Arbeitern — verbergen will. Schon beginnt die „Rote Fahne“ zunehmend in die Fußstapfen von 1929 zu treten. Der Hauptfeind ist,

sagt die Stalinbürokratie, nicht der Faschismus, sondern der „Sozial-Faschismus“, also die Sozialdemokratie. Die Arbeiterklasse, die täglich erlebt, wie die Bourgeoisie auf die Sozialdemokratie losschlägt, um die Arbeiterklasse zu treffen, hört von den Kommunisten, die „Sozialfaschisten“ sind die Bundesgenossen Seibels und Starbengs. Man muß wahrhaftig durch die Schule Stalins gegangen sein, um das zu glauben. Es ist den SP-Führern ein leichtes, diese Argumentation zu widerlegen und die Arbeiter über ihre Kapitulationspolitik hinwegzutäuschen.

Die Arbeiterschaft denkt erfahrungsgemäß. Sie weiß, von der kapitalistischen Wirtschaft hat sie nichts zu erwarten. Sie fühlt instinktiv, die SP-Führer haben sie in die Sackgasse geführt, aber sie hoffen und glauben, diese Führer wollen und können sie vor dem Faschismus beschützen und ohne Revolution und Bürgerkrieg den Kapitalismus überwinden. Mit Agitation und Propaganda allein, selbst wenn sie richtig ist (was bei der stalinistischen Politik nicht der Fall ist), kann man die großen Massen der vom Kapital Unterdrückten nicht für die proletarische Revolution gewinnen; aber auch nicht für den revolutionären Massenkampf gegen den drohenden Faschismus. Dazu gehört die erlebte politische Erfahrung dieser Massen. Mit der Avantgarde allein — und das soll die Rote Einheitsfront sein — ohne mit den breiten Massen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft verbunden zu sein, den Entscheidungskampf mit dem Faschismus führen zu wollen, ist ein politischer Wahnsinn oder nach den bisherigen Erfahrungen, die der Stalinismus auf der internationalen Arena des Klassenkampfes geliefert hat, schamhafte Kapitulation vor dem Faschismus, verdeckt durch die radikale Phrase. (Siehe Bulgarien, Polen, Finnland.)

Somit wären wir bei der Kardinalfrage angelangt. Wie sollen die großen Massen der Arbeiterschaft jene grundlegende Erfahrungen sammeln, die sie befähigen, zwischen Kommunismus und Reformismus — in den Lebensfragen der Arbeiterklasse — unterscheiden lernen zu können? Und der Kampf gegen den drohenden Faschismus, er zwingt die proletarische Klasse zum Kampfe über Leben und Tod.

Und in diesen Kampf zieht die kommunistische Partei mit einer „Armee“ von, von der Sozialdemokratie abgewandelter Arbeiter, die aufgeputzt wird mit Nazi- und Hahnenschwänzen, „die bereit sind ... für die wichtigsten Klassenforderungen ... zu kämpfen (!)“ Es kann nur ein mit dieser Illusion (sanft ausgedrückt) behafteter Anhänger der Roten Einheitsfront sagen, warte nur unsere Werbeweche und die kommenden Sturmpläne der Partei ab, du wirst sehen, wie wir uns vermehren werden. Und dann erst recht, wenn die Arbeiter sehen, wie ihre „sozialfaschistischen“ Führer mit den Faschisten gemeinsame Sache machen.

Es möge sich niemand verwundern, wenn wir die Fragestellung so formulieren. Tatsächlich glauben die jungen Kaders, daß sich die Dinge so abspielen. Aber den Anhängern der Roten Einheitsfront sagen wir: Erstens, läßt die Entwicklung der KP — selbst wenn die Eroberung der Massen für den Kommunismus nur mit Propaganda und Schimpfen über den „Sozial-Faschismus“ zu lösen wäre — nicht so viel Zeit (wie viel Jahrzehnte würde die KP nach den Erfahrungen der letzten 13 Jahre brauchen), um die Arbeiterschaft um die Rote Einheitsfront zu sammeln, und zweitens, wird die Schlichtung dann, wenn die Arbeiter sehen, daß die „sozialfaschistischen Führer“ mit den Faschisten „gemeinsame Sache“ gemacht haben, schon verloren sein. Allerdings, der Faschismus an der Macht, wird vollbringen, was die Rote Einheitsfront sich mit untauglichen Mitteln zum Ziel setzte, nämlich die „sozialfaschistischen“ Führer zum Teufel jagen. (Damit soll nicht gesagt sein, daß sich nicht einige Führer zu den Faschisten hinüberretten; aber das kann auch bei Teilen der Stalinbürokratie nicht verneint werden.)

Ja, die Faschisten, zur Macht gekommen, würden die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften vernichten. Das wissen die SP-Führer und wissen vor allem die SP-Arbeiter. Hier muß die revolutionäre Avantgarde, will sie ihre Mission erfüllen, einsetzen. Unermüdlich gilt es die feige, von der Bourgeoisie Gnade erflehende und immer tiefer in den Sumpf versinkende, objektiv dem Faschismus zur Macht verhelfende Politik der SP-Führer aufzuzeigen und sie beim Worte zu nehmen, indem sich die revolutionäre Avantgarde an die sozialdemokratischen Arbeiter und Organisationen mit der Bereitschaft wendet, gemeinsam zu kämpfen für gemeinsam festgelegte Kampfziele.

„Die kleinbürgerlichen Demokraten (darunter auch die Menschewiki) schwankten unvermeidlich zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat, zwischen der bürgerlichen Demokratie und dem Sowjetregime, zwischen Reformismus und revolutionärer Stimmung ... Die richtige Taktik der Kommunisten muß in der Ausnutzung dieser Schwankungen bestehen und durchaus nicht im Ignorieren derselben.“ So formulierte Lenin die Aufgaben der Kommunisten in revolutionären Perioden. Und diese, historisch überprüfte Wahrheit schlägt in Absurdität um, wenn man den zwiespältigen Charakter der Sozialdemokratie — die bedrängt von der unter immer unerträglicher werdenden Lebensbedingungen lebenden Arbeiterschaft und bedrängt von der auf glühenden Kohlen stehenden Bourgeoisie, die mit dem Faschismus droht, — als einen Teil des Faschismus hält und darauf verzichtet, mit Hilfe der Leninischen Einheitsfronttaktik, den SP-Führern unter dem Drucke der organisierten Arbeiterschaft den Kampf gegen den Faschismus, Hunger- und Lohnraubregime aufzuzwingen.

Man kann den SP-Führern keine größeren Dienste erweisen, als auf Kampfeinheit mit den proletarischen Massenorganisationen zu verzichten; was gleichbedeutend ist mit dem Verzicht auf Auslösung von erfolgreichen revolutionären Massenkämpfen.

Gewiß, die Sozialdemokratie ist im Bunde mit der Bourgeoisie zur Sanierung und Rettung der bankrotten kapitalistischen Wirtschaft; aber sie wird angesichts der chaotischen Verschärfung der Krise, der immer tiefer gehenden unüberbrückbaren Klassengegenätze eine immer unsichere soziale Stütze der kapitalistischen Klassenherrschaft. Der so-

ziale Bau der Gesellschaft, die bürgerliche Demokratie erweist sich — wie selbst die SP-Führer zugeben müssen — als unfähig, die ökonomischen Widersprüche zu lösen; die alten Formen der kapitalistischen Herrschaft erweisen sich als untauglich, dieselbe zu schützen, sie verlieren ihre Autorität bei den Massen, der Faschismus ist das konterrevolutionäre Sammelbecken der von den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien abströmenden Mittelständchen und verzweifelten Massen.

Die Sozialdemokratie hat zwei Herzen — eines für die Bourgeoisie (das der Führerschicht) und eines für die Arbeiter. Sie fürchtet die proletarische Revolution nicht minder als den Faschismus; aber gegenwärtig ist sie vom Faschismus bedroht. Und sie wird im Kampfe gegen den Faschismus nur soweit gehen, als sie von der Arbeiterschaft gedrängt, respektive vor die vollzogenen Tatsachen gestellt wird.

„Hieraus aber erfolgt mit absoluter Unumgänglichkeit die Notwendigkeit“, schreibt Lenin, „die bedingungslose Notwendigkeit für die ... Kommunistische Partei zum Lawieren, Paktieren, zu Kompromissen mit den verschiedenen proletarischen Gruppen, mit den verschiedenen Parteien der Arbeiter und der kleinen Besitzer ihre Zuflucht zu nehmen. Es handelt sich nur darum, daß man verstehen muß, diese Taktik zum Zwecke der Erhöhung und nicht der Herabdrückung des allgemeinen Niveaus der proletarischen Erkenntnisfähigkeit, des revolutionären Geistes, der Fähigkeit zum Kampfe und zum Siege anzuwenden.“

Und diese Taktik des Sieges, nannte Lenin die Einheitsfronttaktik. Sie ist die Taktik der Initiative, der Bereitschaft und des revolutionären Willens, die Arbeiterschaft und ihre Organisationen von der Notwendigkeit des revolutionären Massenkampfes zur Kampfeinheit zusammenzuschmieden.

In den vergangenen Jahren ging — dank der staats-erhaltenden Kapitulationspolitik der SP-Führer — eine nicht zu unterschätzende Verschiebung der Kräfte zugunsten der Bourgeoisie vor sich. Gleichzeitig erwachte aber auch das revolutionäre Bewußtsein der Arbeiterschaft wieder, das die Sozialdemokratie schon erstickt zu haben wähnte. Ein gesunder Kampfgeist geht durch die Klassenbewußte Arbeiterschaft Oesterreichs. Trotz des überragenden Einflusses des Reformis-

mus und des Fehlens einer ernstlichen kommunistischen Partei geht die Arbeiterschaft mit Entschlossenheit in die heran-nahenden entscheidenden Auseinandersetzungen mit dem Faschismus.

Diesem Kampfgeist organisierten, zielbewußten Ausdruck zu verleihen, ist die Aufgabe der KP. Nicht abseits der Arbeiterschaft und ihren Organisationen, sondern mitten drinnen gilt es den Widerstand der Arbeiter gegen die Kapitulations- und Tolerierungspolitik der SP-Führer und Gewerkschaftsbürokratie zu organisieren. Im Kampfe mit der Arbeiterklasse und ihren Organisationen wird die KP das Führungsmonopol des Reformismus brechen und die Arbeiterschaft durch die wirkliche Erfahrung sich von der Halbheit, Unzulänglichkeit, Feigheit und dem konterrevolutionären Charakter der sozialdemokratischen Politik überzeugen und sich zum Kommunismus durchringen. Die KP ist durch kein Monopol prädestiniert zur Führung der Arbeiterklasse, sie kann sich nur als die marxistisch-leninistisch geschulte Vorhut das Vertrauen und die Führung der Proletariats erwerben, in gewisser Beziehung erkämpfen, wenn das Proletariat durch die Beweiskraft der bewußten Erfahrung die Unentbehrlichkeit der kommunistischen Partei zum Sieg über Faschismus und Kapitalismus erkannt hat. Der Kommunismus hat für sich das fast unermessliche Reservoir der objektiven Bedingungen, er hat gegen sich — abgesehen von der physischen und traditionellen Gewalt des Kapitals und dessen Lakaien — als das gefährlichste Hindernis zu seinem Siege, seine eigene Ohnmacht, wenn am Steuer der kommunistischen Weltpartei statt revolutionärer Marxisten-Leninisten — zentristische Liquidatoren sitzen; die keine Revolution zum Siege führen, aber zugrunderichten können.

Die Zeit, die der KPO noch gegeben ist, ist kurz bemessen. Mit dem gegenwärtigen Kurs rennt die KPO mit dem Kopfe an Granitmauern und wird an ihnen zerschellen.

Trotz alledem, die linke Opposition muß ihre Anstrengungen verdoppeln, um die kommunistische Partei auf die Linie zur Schaffung der Kampfeinheit der Arbeiterklasse zu drängen. Es gilt weiter mit aller Kraft an der Bildung von Propagandagruppen zur Herstellung der proletarischen Kampfeinheit gegen Faschismus und Hungersnot zu arbeiten.

Die Lage der KPD. und das Kräfteverhältnis zwischen revolutionärem und reformistischem Flügel im Proletariat

1. Auf welche soziale Schichten stützt sich die Partei?

Seit dem 14. September 1931, an dem die Partei ungefähr 4,5 Millionen Wähler zählte, hat der Übergang sozialdemokratischer Wähler zur KPD weitere Fortschritte gemacht. Gegenwärtig zählt die Partei, wenn allgemeine Wahlen stattfinden, mindestens 5,5 Millionen Wähler.

Auf der anderen Seite ist der Anhang der SPD, der am 14. September 1930 8,5 Millionen betrug, ungefähr um 20—25 Prozent zurückgegangen, so daß bei allgemeinen Wahlen die SPD heute kaum mehr als 6,5 Millionen Wähler zählen wird. Rein parlamentarisch betrachtet hat sich das Kräfteverhältnis entscheidend zugunsten der KPD geändert und wenn wir den starken Prozentsatz kleinbürgerlicher Wählermassen bei der SPD berücksichtigen, so kann ohne Übertreibung gesagt werden, daß der reinproletarische Wähleranhang der KPD bereits größer ist, als der der SPD.

Die KPD beeinflusst bei politischen Wahlen heute bereits die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse. Welche Teile der Arbeiterklasse aber sind es, auf die sich die Partei stützt? Bei einer eingehenderen Untersuchung, die sich nicht auf die Wahlergebnisse bei politischen Wahlen erstreckt, sondern die Ergebnisse bei Betriebsrätewahlen berücksichtigt, kommen wir zu folgendem Ergebnis: Obgleich unzweifelhaft die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse bei politischen Wahlen für die KPD stimmt, stimmt der entscheidende Teil der im Betrieb befindlichen Arbeiter gegen die RGO, d. h., gegen die Alltagspolitik und Taktik der KPD, die ihren konkreten Ausdruck in der RGO-Taktik findet.

Bei den Betriebsrätewahlen 1930 wurden in 46.299 Betrieben mit 5.900.000 Beschäftigten Betriebsrätewahlen vorgenommen. Im Jahre 1931 dagegen sank infolge der ungeheuren Arbeitslosigkeit die Zahl der Betriebe auf 32.932 mit einer Belegschaft von 4.600.000. Die Zahl der gewählten Betriebsräte betrug 1930 156.145, in diesem Jahre dagegen nur 138.418, das stellt einen Rückgang von 17.227 dar. Das Ergebnis der Wahlen für 1931 war:

	1931	1930 Zu- od. Abnahme
Freigewerkschaft	115.071	135.689 — 20.018
Christen	10.956	11.333 — 377
Hirsch-Dunker	1.560	1.561 — 1
RGO und Syndik.	4.664	2.374 + 2.290
Nazis	710	— + 710
Sonstiges	4.587	5.158 — 331

Die Betriebsrätewahlen 1930 haben bekanntlich in den Monaten Januar, Februar, März stattgefunden. Die Betriebsrätewahlen 1931 genau um ein Jahr später. Gerade in diese Zeit fällt die gewaltige Verschärfung der Wirtschaftskrise, der Zusammenbruch der ganzen SPD-Politik und der Kurs der offenen Reaktion, der mit dem Sturz der Müllerregierung einsetzte.

Die Partei überhügelte in dieser Zeit bereits offenkundig bei politischen Wahlen in entscheidenden industriellen Zentren die SPD, so in Berlin, im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland usw. Aber in den Betrieben beherrschen die Freigewerkschaften 83,6 Prozent aller Mandate (1930 86,9 Prozent), die RGO dagegen nur 3,4 (1930 1,5 Prozent).

Es wäre falsch daraus abzuleiten, daß die Partei keinen Einfluß in den Betrieben besitzt. Es liegt nahe, die Wählerziffern der Partei mit der Erwerbslosenziffer zu vergleichen (5.000.000) und die Behauptung aufzustellen: Die KPD ist die Partei der Erwerbslosen geworden, die SPD ist die Partei der Betriebe geworden.

Zu einem großen Teil ist dieser Schluß richtig; aber

er geht an der entscheidenden Tatsache vorbei, daß die SPD von den 33,6 Prozent jener Betriebsarbeiter, die für die freien Gewerkschaften stimmen, nur einen Teil zur Abstimmung für die SPD bei politischen Wahlen bekommt und umgekehrt die KPD viele hunderttausende Betriebsarbeiter, die bei politischen Wahlen kommunistisch stimmen, nicht für die Stimmabgabe zugunsten der RGO veranlassen kann. So sehr man die RGO mit der KPD gleichsetzen kann, so falsch ist es, die freigewerkschaftlich organisierte und daher auch freigewerkschaftlich wählende Millionenmasse mit der SPD gleichzusetzen.

Die KPD als Partei des revolutionären Klassenkampfes, der bedingungslosen Ablehnung der Koalitionspolitik, erhält bei politischen Wahlen viele hunderttausende Stimmen freigewerkschaftlich organisierter und ebenso bei Betriebsräte-wahlen wählender parteiloser Arbeiter. Vergessen wir nicht, daß unter den fast 5.000.000 Mitglieder des ADGB kaum 10 Prozent Mitglieder der SPD sind, während weit mehr als 80 Prozent parteipolitisch unorganisiert ist.

Die KPD ist also nicht allein die Partei der Erwerbslosen, wenn sie auch vor allem auf Erwerbslose Einfluß besitzt. Die KPD hat darüber hinaus auch einen breiten Gürtel, sympathisierender in den Betrieben, sie hat ungefähr die Hälfte, in entscheidenden Industriegebieten zweifellos sogar die Mehrheit der Arbeiterklasse hinter sich.

Aber da die Partei an den entscheidenden Punkten in den Betrieben keine ernste Basis besitzt, da sie selbst dort wo rote Betriebsräte bestehen, kein organisiertes Fundament in den Betrieben besitzt, scheitert jeder Versuch, gestützt auf die Betriebe Massenaktionen zu unternehmen. Die wachsende Aktionsunfähigkeit der Partei, die die Basis der Kapitulationsstimmungen innerhalb der Partei gegenüber dem Faschismus ist, hat hier ihre Wurzel.

2. Die Partei abseits der neuen Aufschwunges der in der Arbeiterklasse vor sich geht.

Es ist unverkennbar, daß sich in einem Teil der Arbeiterklasse eine außerordentliche Aktivierung und Radikalisierung bemerkbar macht. Dieser Teil ist nicht der in der KPD organisierte, revolutionäre Teil der Arbeiterklasse, noch weniger der in der SPD organisierte, sondern es sind dies die großen Massen der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten.

Wir haben es hier mit einem höchst bedeutsamen Phänomen zu tun, das seine Erklärung in folgendem findet: Innerhalb der SPD ist zweifellos eine Radikalisierung breiter Arbeiterschichten bemerkbar, doch wirken in der SPD starke kleinbürgerliche Kreise der offenen Entfaltung der Radikalisierung und vor allem einer Aktivierung der proletarischen Teile entgegen. Die Abspaltung von Zehntausenden unzufriedenen SPD-Arbeitern, die keineswegs noch grundsätzlich mit dem Reformismus gebrochen hatten und deren Illusionen das zentristische Programm der SAP wiederpiegelt, erklärt sich durch die Unmöglichkeit, innerhalb der SPD eine ernstere Aktivität, die nicht auf der Linie der Zusammenarbeit mit der Staatsgewalt steht, zu entfalten.

Die große Passivität innerhalb der KPD ist eine unbestreitbare Tatsache. Sie ist auf eine Reihe von Gründen zurückzuführen. Zunächst befindet sich die Partei gegenwärtig in einer Periode der Reaktion auf die hochgespannten Erwartungen, die sie vor einem Jahre beherrschten. Damals, nach den Reichstagswahlen, wuchs die Aktivität der Parteilassen vorübergehend sehr rasch an. Ihre treibende Kraft war folgende politische Perspektive: Der Faschismus hat nun seinen Höhepunkt erreicht, jetzt wird er sehr rasch

verfallen, seine aufgewühlten Massen werden zu uns stoßen, in diesem Winter geht's endlich los. Die Parolen der „Propaganda der Tat“, wie sie insbesondere die RGO ausgab, stellen seitens der Parteiführung den Versuch dar, den Schwung der Bewegung künstlich vorwärts zu treiben, nach dem berühmten Muster von 1921 (Mitteleuropa).

Bekanntlich hat die politische Entwicklung in Deutschland diese Perspektiven grausam widerlegt. Anstatt sich zu zersetzen, wuchs der Faschismus ungeheuerlich weiter, statt der Verwirklichung der Offensivtheorie vom Winter 1930 kam der Zusammenbruch jedes Versuchs der Partei, unter der selbständigen Führung der RGO Massenstreiks und Erwerbslosendemonstrationen zu organisieren. Schließlich zeigte die bisher extremste Zuspitzung der Krise — die Juli-Katastrophe des deutschen Finanzkapitals — die KPD in völliger Verwirrung und Passivität, aktionsunfähig. Solche Erfahrungen gehen nicht spurlos an dem Bewußtsein der Partei vorbei. Da es verboten ist, die Gründe dieses Versagens in der Generallinie zu suchen, so ist jeder denkende Parteigenosse gezwungen, sich auf eigene Faust eine Generallinie zu schaffen. Vorherrschend wurde in der Partei die Auffassung: Da die Generallinie der Partei richtig ist, da unsere Parolen sehr gut sind, da aber auf der anderen Seite die Massen nicht kommen, so ist die Schuld eben bei den Massen, die noch nicht kämpfen wollen.

Was aber wird die Massen dazu bringen, daß sie endlich unseren „richtigen“ Parolen folgen? Da die Parolen richtig sind, da wir uns größte Mühe geben, wenn auch heute noch erfolglos, so ist es sonnenklar, denkt der Durchschnittsparteigenosse, der bekanntlich höchstens 6—12 Monate der Partei angehört, daß es noch viel schlechter werden muß, bis die Massen „einschauen“, daß sie mit den Kommunisten kämpfen müssen. Die Theorie „Je schlechter es dem Arbeiter geht, desto revolutionärer wird er“ beherrscht weite Kreise der Partei und ihr politischer Ausdruck läßt sich in den Worten zusammenfassen: „Sollen die Nazis nur mal ran, dann werden die Arbeiter sehen, daß die auch nichts taugen, dann kommen wir ran“. Alle diese Stimmungen, die insbesondere in den Massen der Erwerbslosen, die keinen Ausweg vor sich sehen, starken Widerhall finden, bilden die Basis der Passivität der Partei, sowohl der Kapitalistensammungen, als auch der Verzweiflungstimmungen, die im individuellen Terror ihren Ausdruck finden.

Es sind die Massen in den Betrieben, gegen die gerade die vierte Notverordnung den entscheidenden Schlag richtet, die durch die Angriffe auf ihren Lebensstandard jetzt gefährdet werden. In den Betrieben selbst wirkt sich diese

Radikalisierung und Aktivisierung der Massen noch nicht stark aus. Zu groß ist der ungeheure Druck im Betrieb, die Furcht vor der Arbeitslosigkeit. Aber in ihren eigenen Klassenorganisationen, in den Gewerkschaften, steigt jetzt diese Radikalisierung sprunghaft. Mit steigender Erbitterung wenden sich die Arbeiter gegen die Politik des Reformismus. Da die Lohnregelung zu einer Frage der Politik, zur wichtigsten Frage des Diktaturregimes geworden ist, so nimmt die Proteststimmung der Gewerkschaftsmassen sofort eine klare politische Stimmung an, sie wendet sich gegen die Regierung, die ihr die Löhne raubt, gegen die Regierung, die mit dem Faschismus unterhandelt und gegen die Politik des Reformismus, der all dies unterstützt. Alle Versammlungen der Arbeiter und Angestellten zeigen diesen Charakter und sie zeigen noch eines: die große Aktivität der Massen, die in außerordentlichen Massenbesuch ihren Ausdruck findet.

Dem Reformismus wird Angst und Bange vor dieser Entwicklung und er sieht keinen anderen Ausweg, als die Auflösung der freien Gewerkschaften der ihre Vereinigung mit den bürgerlichen Gewerkschaften der Christen und Hirsche, um auf diese Weise das Klassenbewußtsein der freigewerkschaftlichen Massen in einem großen Brei der Einheitsgewerkschaft, die nicht auf dem Boden des Klassenkampfes steht, zu erstickern.

Die KPD steht abseits dieser Entwicklung. Sie besitzt fast überhaupt keinen Anhang in den Gewerkschaften. Soweit sie Anhänger und sogar Mitglieder besitzt, die in den Gewerkschaften organisiert sind, so hüten sich diese aufzutreten, weniger aus Furcht vor den Reformisten, als aus Furcht vor der RGO, die sie dann zwingen wird, mitzuarbeiten und sie dadurch aus den Gewerkschaften herausführt.

So ist die Gewerkschaftsfrage, wie wir es seit langer Zeit feststellten, zur entscheidenden politischen Frage innerhalb der Arbeiterklasse geworden. Wir sehen jetzt, wie der wirklich einsetzende Aufschwung der Massenbewegung sich ohne Zusammenhang mit der KPD vollzieht. Diese Tatsache enthält nicht weniger große Gefahren für die Partei, wie für die Gewerkschaften. Die Partei wird dadurch noch mehr jeder Aktionsfähigkeit beraubt, die Gewerkschaften aber werden, wenn die Stimmung der Massen nicht organisiert und bewußt weiterentwickelt wird, von innen heraus gesprengt werden, wenn es den Massen, mangels einer revolutionären Führung nicht gelingt, den Kurs der Gewerkschaften grundlegend zu ändern.

Dazu aber bedarf es einer wirklichen Wendung der KPD. Ohne diese wird auch der neue Aufschwung in den organisierten Massen mit einer Niederlage enden.

Nach der 17. Parteikonferenz der Kommunistischen Partei Rußlands

Die 17. Parteikonferenz der KPSU. ist beendet. Sie war die einheitliche Demonstration des allmächtig gewordenen Apparates, der die russische Partei beherrscht und ihr mehr und mehr den Charakter einer revolutionären Arbeiterpartei raubt. Die Millionen revolutionären Arbeiter, die an tausenden Erfahrungen im Verlaufe des 3. Jahres des 5-Jahres-Plans erkannten, daß das eingeschlagene Tempo der Industrialisierung praktisch nicht durchführbar sei, sie durften auf dieser Parteikonferenz nicht zu Wort kommen. Die Erfahrungen der Partei, die in der Schlüsselindustrie — Eisen, Stahl, Kohle — die gestellten Aufgaben nicht gelöst hat, wurden mit Schweigen übergangen. Die wachsenden Widersprüche innerhalb des industriellen Aufbaus, die Tatsache, daß selbst dort, wo die Ziffern des 5-Jahresplans erreicht wurden, die Gesamtproduktion einen ungeheuerlich großen Prozentsatz von minderwertigen oder gänzlich unbrauchbaren Produkten aufweist, wurden nicht ernsthaft untersucht.

Ebensowenig ging die Parteikonferenz auf die alarmierenden Tatsachen ein, die die Getreidekampagne im Herbst zeigte, als selbst Sowchosen, also die sozialistischen Getreidefabriken, weit hinter den Planziffern zurückblieben, da sie es vorzogen, den Weg der Zurückhaltung des Getreides einzuschlagen. Zurückhaltung des Getreides, das bedeutet aber nichts anderes als die Zurückhaltung eines allgemein gültigen Tauschmittels, das den Besitzern gestattet, jede andere auf dem Markt befindliche Ware zu erkopen. Zurückhaltung von Getreide bedeutet also nichts anderes, als eine primitive Art der Akkumulation, und zwar keineswegs einer „sozialistischen“ Akkumulation.

Ohne in einer ernsthaften Ueberprüfung des zurückgelegten Weges die Quelle der Verbesserung und Weiterentwicklung der bisher eingeschlagenen Politik und Taktik zu suchen, entwickelten die gegenwärtigen Führer der Partei das Programm der Zukunft.

Die Grundlagen des Sozialismus sind, nach ihrer Meinung, bereits gelegt. Lenins Frage: Wer besiegt wen? ist innerhalb der Sowjetunion gegen den Kapitalismus und zugunsten des Sozialismus entschieden“, stellte Molotov in seiner großen Rede fest.

Ein solche endgültige Entscheidung zwischen Sozialismus und Kapitalismus innerhalb der USSR ist aber unmöglich, solange noch der Weltkapitalismus in allen entscheidenden Ländern außerhalb Rußlands unbesiegt ist. Lenin hatte 1922 klar und eindeutig erklärt:

„Wir haben nicht einmal das Fundament der sozialistischen Wirtschaft fertig gemacht. Das können noch die uns feindlichen Kräfte des sterbenden Kapitalismus wieder fortnehmen. Man muß das genau verstehen und offen zugeben, weil nichts gefährlicher ist als Illusionen und Schwindelgefühle, besonders in großen Höhen. Es liegt auch nichts „Schreckliches“, nichts, was einen berechtigten Anlaß zur geringsten Niedergeschlagenheit gebe, in der Anerkennung dieser bitteren Wahrheit, denn wir haben stets die A-B-C-Wahrheit des Marxismus verstanden und wiederholt, daß zum Siege des

Sozialismus die gemeinsamen Anstrengungen der Arbeiter einiger fortgeschrittenen Länder notwendig sind.“

Aber Molotov, der Schüler Stalins, erklärt: bei uns ist dieser Kampf bereits entschieden.

Die Theorie der nationalen, isolierten sozialistischen Gesellschaft, die eben in der Auffassung wurzelt, daß der Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus kein internationaler sei, sondern durch den Sieg der „nationalen“ Arbeiterklasse über die „nationalen“ Bourgeoisie sie greich für jedes einzelne Land abgeschlossen werden könne, wurde auf der 17. Parteikonferenz in entscheidenden Punkten weiterentwickelt.

Molotov erklärte (siehe „R. F.“, Berlin, vom 5. Februar 1932):

„Die grundlegende politische Einstellung des zweiten 5-Jahresplans besteht darin, daß im zweiten 5-Jahresplan die kapitalistischen Elemente und überhaupt die Klassen endgültig liquidiert, die Ursachen, die die Klassenunterschiede bewirken, restlos vernichtet werden und die gesamte wirkliche Bevölkerung des Landes sich zu bewußten aktiven Erbauern der klassenlosen Gesellschaft gestalten wird.“

Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß im Jahre 1937 die sozialistische Gesellschaft in ihrer ersten Phase bereits innerhalb der USSR voll-

endet ist! Wenn man bedenkt, daß Stalin in seiner Rede vom 21. Juni 1931 das Prinzip der steigend und verstärkter Lohnungleichheit aufgestellt hat, was man sieht, daß die soziale Differenzierung selbst innerhalb der Arbeiterklasse Rußlands zunimmt — ganz zu schweigen vom Dorf, wo sie durch die Kollektivisierung nicht beseitigt, sondern nur maskiert wird — dann ist es schwer, hier von einer Utopie zu sprechen: es handelt sich weit mehr um eine bewußte Irreführung der russischen und internationalen Arbeiterklasse.

Aber wo die Wurzeln der Klassenschichtung, wo die Klassen selbst vernichtet sind, dort hat bekanntlich der Staat nicht mehr viel zu suchen. Das weiß selbst Stalin und so läßt er durch seinen Molotov mitteilen:

„Wir haben in der Sowjetunion bereits einen neuen Staatstypus, der auf dem Wege zum klassenlosen Gesellschaft fortschreitet... Unser Staat ist in Wirklichkeit ein Halbstaat, eine Uebergangsform des allmählichen absterbenden Staates, der bei vollständigerem Kommunismus sich ganz auflösen wird.“

Der „absterbende Staat“ in der USSR, hat auf dem Wege des „Absterbens“ die Freizügigkeit der gesamten Arbeiterklasse aufgehoben, er hat jede Arbeiterdemokratie in den Betrieben beseitigt, er hat die Sowjetdemokratie zum Absterben gebracht und die Kommunistische Partei Rußlands zum Siechtum verurteilt, nachdem er ihren linken Flügel in die Gefängnisse und in die Kerker verbannt hat. Wir fürchten, daß Molotov recht hat; die proletarische Diktatur stirbt ab, sie verkümmert, aber sie macht nicht der staatenlosen sozialistischen Gesellschaft Platz, sondern im Hintergrund stehen neu herangewachsene besitzende Klassen, eng verbunden mit entscheidenden Teilen der gegenwärtigen Sowjetbürokratie, bei der wankenden Arbeitermacht bei der günstigsten Gelegenheit — wirtschaftliche Krisen oder imperialistische Ueberfälle — den Todesstoß zu versetzen.

Lenin hat vor Illusionen gewarnt, „besonders in großen Höhen“. Wer die Arbeiterklasse mit Illusionen erfüllt, sei es, um sie bewußt zu betrügen und sie zu neuen Opfern auf diese kleinbürgerliche Weise „anzuspornen“, sei es, weil er selbst den Boden des revolutionären Marxismus verlassen hat, der handelt in dieser entscheidenden Situation wie ein Feind des Kommunismus.

Die 17. Parteikonferenz der KPSU, hat der russischen Arbeiterklasse und dem internationalen Proletariat keine Perspektiven gegeben, sondern sie hat versucht, in einer Zeit, wo nur das Erkennen der fruchtbarsten und wachsenden Gefahren die Arbeiterklasse zum Siege führen kann, das Proletariat mit Verhüllungen im Stile pfäffischer Heuschrecke zu betäuben.

Es scheint, daß der Schule Stalin bereits bewußt geworden ist, daß sie mit der offenen Proklamierung der Theorie vom „Halbstaat“ der bereits „abzusterben“ beginnt, ihren revisionistischen und kleinbürgerlichen Charakter allzu offen enthüllt hat. So bringt die Berliner „Rote Fahne“ vom 7. Februar einen weiteren Bericht der Rede Molotovs, in der die Theorie vom absterbenden Halbstaat fehlt. Statt dessen heißt es dort: „Indem wir die Aufgabe der Liquidierung der Klassen im zweiten 5-Jahresplan stellen können, dürfen wir noch keinesfalls die Frage der Ueberflüssigkeit oder des Absterbens des Staates stellen. Im gegenwärtigen Stadium des Staates handelt es sich noch um die Festigung des proletarischen Staates, um seine Verstärkung.“ Das ist gerade das Gegenteil dessen, was die „Rote Fahne“ zwei Tage vorher aus der Rede Molotovs veröffentlicht hat! Man kann ohne Uebertreibung sagen, mit einer derartig zynischen Leichtfertigkeit, wie es jetzt durch die Schule Stalin geschieht, wurde noch niemals an ernste und entscheidende Fragen des proletarischen Klassenkampfes herangetreten.

Genfer Kriegskonferenz und der imperialistische Ueberfall Japans auf China

Die „Abrüstungskonferenz“ in Genf trat im Zeichen zweier entgegengesetzter Ereignisse zusammen: Im fernem Osten hatte der japanische Imperialismus nach der Eroberung der Mandchurei sich in den Besitz der wichtigsten Häfen Chinas gesetzt, seine Armeen und Tanks b. h. in Nanking, seine Bombengeschwader setzten Nanking in Brand und fuhren an den Jangsees aufwärts, um sich in den Besitz Hankaus zu setzen. Der Versuch der Vereinigten Staaten, deren imperialistische Interessen in China durch den japanischen Raubzug a. f. s. schwerste gefährdet werden, eine gemeinsame Front mit England herzustellen, scheiterte an dem Widerstand Englands, das von der Spannung und von einem eventuellen kriegerischen Konflikt Amerika—Japan eine Befestigung seiner ab. öckelnden imperialistischen Nachstellung erhofft. Abgeselen davon ist England mit der Niederhaltung Indiens voll und befähigt.

Die Kriegskonferenz des japanischen Imperialismus in den chinesischen Häfen und seine Kriegsoperationen langs der ostchinesischen Bahn, die unerbörten Provokationen gegenüber der Sowjetunion, die ihn vorläufigen Höhepunkt in der Betzung Chinas erreichen, drängen eine andere Frage in den Hintergrund, die für die Genfer Kriegskonferenz von ganz entscheidender Bedeutung werden mußte, und zwar die wenige Wochen vorher bekannt gewordene Erklärung Brüning's, daß Deutschland nicht mehr Reparationen zahlen könne.

Der französische Imperialismus, dessen Verbindung mit dem japanischen offenkundig ist und den in der Abrüstungsfrage, d. h. in der Frage der Aufrüstung der eigenen und der Abrüstung der gegnerischen Mächte, identische Interessen mit Japan hat, hat sofort bei Beginn der Kriegskonferenz von Genf mit dankenswerter Klarheit demonstriert, daß er keinen Augenblick daran denkt, seine günstige machtpolitische Position ungenutzt zu lassen. Er hat auf die Erklärung Brüning's in der Reparationsfrage damit geantwortet, daß er durch seinen Kriegsminister Tardieu einen Mobilisierungsplan vorlegen ließ, der nicht mehr und nicht weniger vorsieht, als die Unterordnung der ganzen militärischen Kräfte der Völkerbundstaaten unter die zentrale Kontrolle und Führung des Völkerbundes, d. h. Frankreichs. Der Mobilisierungsplan Tardieus ist ein deutlicher Wink an die Adresse Deutschlands, jeden Versuch aufzugeben, gegen oder auch nur ohne den Willen Frankreichs Außenpolitik zu machen, seien es Zollunionenpläne oder gar Einstellungen der Reparationen.

Im fernem Osten ist der offene Krieg bereits im vollen Gange. Auf der Abrüstungskonferenz in Genf rissel der mächtige französische Imperialismus mit dem Säbel und pocht auf seine wirtschaftliche Stärke und auf sein gewaltiges militärisches Machtvermögen, das mit den Vassalstaaten in Mittel- und Osteuropa eine bewaffnete Macht darstellt, die alles bisher dagewesene überbietet.

Die kriegerischen Ereignisse im fernem Osten, die

Kriegskonferenz von Oenp; sie zeigen der internationalen Arbeiterklasse, wie ungeheuer groß die Gefahr ist, daß der Weltkapitalismus, dessen innere Gegensätze durch die Krise, auf die Spitze getrieben werden, auf dem Wege eines neuen Weltkrieges, eine neue Atempause findet.

Für die deutsche Arbeiterklasse wäre gerade jetzt nichts gefährlicher, als wenn sie sich durch die Spannungen zwischen ihrer Bourgeoisie und der französischen auch nur eine Sekunde lang von dem unerschütterlichen Kampf gegen die eigene Bourgeoisie abhalten ließe. Gewiß sind wir gegen die Reparationen, wie wir seit 1919 ohne jemals zu Schwanken gegen den Raubfrieden von Versailles waren. Aber wir lassen uns niemals in eine „nationale Einheitsfront“ mit der deutschen Bourgeoisie bringen, die wider den französischen Stachel leckt und gleichzeitig immer stärker darauf hinarbeitet, auf dem Rücken ihrer eigenen Arbeiterklasse und auf dem Rücken der russischen Re-

volution ihren Frieden mit Frankreich zu machen. So sehr sie die Armen Tardieus haßt, so sehr liebt die deutsche Bourgeoisie die Gelder der Pariser Börse. Und da der Weg zur Pariser Börse über die Unterwerfung unter das militärische Kommando Tardieus führt, so wird die deutsche Bourgeoisie diesen Weg gehen.

Gegen die nationalen Phrasen, von Leipart und Wels, gegen den rasenden nationalen Chauvinismus des Faschismus muß die deutsche Arbeiterklasse sich sammeln auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes, des proletarischen Internationalismus. Wenn wir Hitler schlagen, wenn wir den zersetzenden Einfluß der reformistischen Führer durch eine richtige Taktik brechen, dann schlagen wir die entscheidende Bresche in die internationale Kriegsfront, denn den Krieg verhindern, die kriegerischen Vorbereitungen zerschmettern, das vermag nur die siegreiche Arbeiterrevolution.

Gegen die Kandidaten der Reaktion und des Faschismus — ein Kandidat der Einheitsfront des Proletariats

Zur Präsidentenwahl in Deutschland.

Die Vorbereitungen für die Wahl eines Reichspräsidenten sind in vollem Gange. Die Kräfte, die hinter der Militärdiktatur Brüning-Gröner stehen, kandidieren den kaiserlichen Marschall und hoffen dabei, die Verbindung mit dem faschistischen Flügel fester zu gestalten und die Sozialdemokratie noch tiefer in den Druck zu stoßen, in den sie durch die Forderungslosigkeit gefallen ist.

Wie weit die Hindenburgpolitik reicht, das ist im Augenblick noch nicht klar. Wahrscheinlich wird sie die Parteien der Regierung Brüning umfassen, während der faschistische Flügel einen eigenen Kandidaten aufstellen wird. Eine solche Kräftegruppierung hofft insbesondere die SPD, die noch nicht den Mut hat, offen für Hindenburg einzutreten; noch weniger denkt sie an eine eigene Kandidatur gegen Hindenburg.

Die KPD hat sofort die demonstrative Kandidatur Thälmanns aufgestellt. Eine solche Demonstration, die die selbständige Rolle der kommunistischen Partei mit aller Deutlichkeit hervorhebt, war durchaus richtig. Aber sie wird zu einer Gefahr, wenn die Partei es bei diesem demonstrativen Akt bewenden läßt und darauf verzichtet, den klaffenden Gegensatz zwischen der Hindenburgpolitik der SPD und ADGB-Führung und der Arbeiteropposition in den reformistischen Organisationen auszunutzen.

Sollten mehrere Kandidaten aufgestellt werden, d. h. sollen Hindenburg, ein faschistischer und reformistischer Kandidat entgegengestellt werden (letzteres ist kaum anzunehmen), dann muß es zum zweiten Wahlgang kommen. In diesem Falle ist die Beibehaltung der Kandidatur Thälmanns durchaus richtig, denn dann ist der Sinn der ersten Wahl das Kräftemessen der selbständig aufmarschierenden politischen Gruppierungen. Dann aber

müßte die Partei, nachdem sie das Ziel der Massenpropaganda unter eigenen Losungen erreicht hat, die zweite Wahl, in der erst die faktische Wahl des Reichspräsidenten erfolgt, dazu benützen, den Kampf für einen Arbeiterkandidaten aufzunehmen, um die gesammelte Klassenfront des Proletariats der Reaktion und dem Faschismus gegenüber zu demonstrieren. Wahrscheinlich aber werden sich bereits im ersten Wahlgang nicht Hindenburg, Hitler, ein reformistischer und ein kommunistischer Vertreter gegenüberstellen, sondern die SPD-Führung wird versuchen, dies starre Festhalten der KPD an Thälmann als Argument vor ihren unzufriedenen Massen zu benützen, um offen für Hindenburg als „kleineres Übel“ einzutreten.

Dieser Fall und er scheint der wahrscheinlichste zu sein, erfordert von der KPD eine elastische, revolutionäre Taktik, die der SPD-Führung kein Ausweichen gestattet. In diesem Falle muß die KPD, sofort, wenn die SPD, offen Farbe bekennen, angesichts der Arbeiterklasse ihre Bereitschaft erklären, die Kandidatur Thälmanns zugunsten eines Kandidaten der proletarischen Einheitsfront, der das Vertrauen der gesamten Arbeiterklasse genießt und sich für ein proletarisches Mindestprogramm (Aufhebung der Noververordnungen, Entwarfung und Verbot der faschistischen Mordorganisationen) verpflichtet zurückzuführen.

Es geht für die Arbeiterklasse nicht um den Reichspräsidenten. Es geht einzig und allein darum, diese Aktion unzulänglich, gegen die Alternative: Hindenburg oder Hitler, die proletarische Einheitsfront gegen Hindenburg und gegen Hitler, gegen Reaktion und gegen Konterrevolution, aufzurichten und so einen kleinen Schritt auf dem Wege der außerparlamentarischen Sammlung der Arbeiterklasse vorwärts zu gehen.

melden, die Kohlenanweisung verweigert. Die Teilung hatte somit den Zweck, das Ausmaß der Kohlenausgaben auf das Mindestmaß zu reduzieren. Um so mehr wurde in der Öffentlichkeit durch die bürgerliche Presse mit Einschluß des SP-Organ „Der Arbeiterwille“ von der großzügigen zweimaligen Kohlenaktion der Steiermark, Landesregierung und Gemeinde Graz, das Gewissen der Herrschenden befriedigt. Arbeitslose, viele von Euch haben noch keine Kohlen bekommen, merkt Euch: Versprechen und geben ist zuviel. Sorgt aber, daß die nächste Kohlenausgabe für alle Arbeitslosen sein muß. Kämpft für eine neuerliche Kohlenausgabe für den Monat Februar, März 1932.

„Ein Häuflein Trotzlisten.“

Aus Graz wird uns geschrieben: Der Bericht der „Roten Fahne“ vom 2. Februar über den Einheitskongreß hat bei vielen revolutionären Arbeitern nicht nur Empörung ausgelöst über die Auflösung durch die Polizei, sondern auch über die Nichtzulassung von Linken Kommunisten. Viele konnten es einfach nicht für möglich halten, daß man Hahnenschwänzer, Nazi und Christliche mit „Begeisterung“ empfängt und Kommunisten, nur weil sie zur Parteiführung in Opposition stehen, vom Kongreß ausschließt. Mit Recht sagen diese Genossen, wie können die Stalinisten die Einheit der Arbeiterklasse erstreben, wenn sie so handeln. Die Empörung ist so groß, daß ein Funktionär der Roten Hilfe seine Funktionen zurücklegte. Diese Arbeiter sagen, am Grazer Einheitskongreß werden wir dafür sorgen, daß die Trotzlistische Opposition (Mahnruftgruppe) am Kongreß vertreten ist.

Wissen ist Macht — Macht ist Wissen

Jeden Mittwoch um halb 8 Uhr abends findet in Graz im Gasthaus Volksgarten, Stegundstadt 1, ein Diskussionsabend statt.

Thema: Wie wird die Einheitsfront geschaffen?
Genossen! Ladet alle revolutionären Arbeiter und Funktionäre zu diesem wichtigen Thema ein. Alle Leser des „Mahnruft“ sind eingeladen.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Gartengasse 1. — Verleger: Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, II., Novaragasse 24. (Im Auftrage der Komm. Linksopposition.) — Druck: „Adria“, Wien, II., Taborsstraße 52b.

Rand um den Wiener „Einheits“-Kongreß

Der Verlauf des Kongresses machte jedem Zweifel ein Ende, daß die zentralistische Fraktion innerhalb der Partei imstande ist, die proletarische Kampfeinheit zu verwirklichen. Dies zeigte sich schon bei der Wahl der Delegierten. Wenn irgendwo Delegierte gewählt wurden, die nicht zu 100 Prozent in der Hand des ZK. sind, wurden sie einfach nicht anerkannt. An ihrer Stelle wurden verlässliche Genossen einfach „geworben“. Und dieser „Einheitskongreß“ war alles, nur keine Antwort auf die wirkliche Stimmung der Arbeiter nach Kampfeinheit.

So streng bei der Zusammensetzung des Kongresses geachtet wurde, daß alle Teilnehmer „verlässlich“ sind, konnte doch nicht verhindert werden, daß sofort nach der Eröffnung des Kongresses ein Delegierter gegen die Ausschaltung der Linksopposition vom Kongreß protestierte und deren Zulassung verlangte.

Nur durch das Eingreifen Koplenigs, der mit lügenhaften Verleumdungen und Trotzlistenhetze die Abstimmung verhinderte, wurde der Kongreß verhindert, seine Meinung zu äußern. Die Rufe aus der Mitte der Delegierten „Abstimmen“, „Beläge uns nicht so!“ zeigten, daß die Arbeiter ein anderes Urteil haben, über Trotzlistismus als Koplenig.

Nicht abgelehnt wurden von der Parteibürokratie die Nazi, oder wie man so schön sagt: „Revolutionäre Nationalsozialisten“ und Hahnenschwänzer. Machen sie doch den Bürokraten weniger Beschwerden als die Trotzlisten.

Wenn Arbeiter, die zeitweilig von den Faschisten verblendet waren, zu uns kommen, wir werden sie mit offenen Armen empfangen, wenn sie die feindliche Ideologie aufgeben, ihre Fehler offen zugeben und wieder gut machen wollen. Was sehen wir aber hier? Die Nazis schrieben an den Kongreß:

„Mit Rücksicht darauf, daß das Kampfprogramm des Einheitskongresses durchaus in unserem antikapitalistischen und antifaschistischen Sinne gehalten ist, und ... insbesondere jeder antinationalistischen Hetze enthalten wird, haben wir in unserer gestrigen gemeinsamen, von 57 Mitgliedern besuchten Monatsversammlung beschlossen, auch unerseits alles Trennende zurückzustellen und uns an ihrer Aktion zu beteiligen.“ („R. F.“ vom 31. I.)

Wegen angeblich 57 Nazis verzichtet die Partei auf die „antinationalistische Hetze“ und empfängt die Nazi-delegierten als Arbeiter, die „ehrlich zusammen kämpfen wollen“.

Als ein Nazi-delegierter namens Frantsche wörtlich sagte: „Ich bin nicht gegen die Kommunisten, aber ich bin und bleibe Nationalsozialist; ich bin als solcher für die Einheitsfront mit den Kommunisten“, wurde ihm weder mit Hinausschmeißen, noch mit Genscheninhauen — wie unseren Genossen droht, Wahrheit, dieses Stückchen ist der „Roten Volksentscheid“ in Deutschland würdig!

Dem Delegierten der Vermittlung Hermannsasse, der den Bürokraten vom letzten Sonntag als mit Trotzlistismus sympathisierend bekannt war, wurde der Einlaß in den Kongreßsaal verweigert. Begründung: er steht nicht in der Delegiertenliste. Als es ihm gelang, die Lügenhaftigkeit dieser Behauptung aufzuweisen, rückte man mit der Sprache heraus: Trotzlisten haben auf dem Kongreß nichts verloren. Die Erklärung dieses Genossen, er werde sich jeder trotzlistischen Polemik enthalten und nur rein sachlich zu Fragen seiner Vermittlung sprechen, nutzten nichts. Hexmann erklärte: „Die Naziarbeiter, die Heimwehrproleten und die Anarchisten sind revolutionäre (!) Arbeiter, die sich zum Klassenkampf entwickeln. Trotzlisten aber haben sich vom Klassenkampf zur Reaktion (!) entwickelt.“ Als der Genosse auf seine Pflicht verwies, den Schuhmachern, die ihn delegierten, zu berichten, wurde er von ungefähr zehn „Klassenkämpfern“ an Händen und Füßen gepackt und vom Vorraum auf die Straße hinausgeworfen. Seine Protestrufe verhinderte man dadurch, daß man ihm den Mund zuhielt. Besonders der „Deutra“-Angestellte M. zeichnete sich durch einen „klugen“ Einfall aus, der seiner Karriere nicht hinderlich sein wird. Um die Arbeiterdelegierten, die sich um den Hinauswurf des Genossen kümmerten, zu beruhigen, schrie er: „Ein Provokateur!“ „Ein Provokateur!“ Ein begabter Schüler Koplenigs! Wenn Koplenig revolutionäre Arbeiter als Feinde der Sowjetunion verleumdete darf, warum soll M. sie nicht „Provokateure“ nennen dürfen?

Die wirkliche Meinung der christlichen Schutzbundgenossen hat ein Delegierter von Siemens-Schuckert, Gen. Braunsteiner zum Ausdruck gebracht, als er sagte:

„Genossen, wir müssen den Schutzbund doch noch weiter ausgestalten. Er steht nicht tadellos da, aber die Schutzbündler sind revolutionär und müssen für eine revolutionäre Politik des Schutzbundes sorgen. Wenn sie sich zusammenschließen, können sie dies. Die Führer versuchen, die Schutzbündler zu beruhigen, aber der beste Redner kann die Erregung der Schutzbündler und die Ereignisse der letzten Zeit nicht hinwegreden.“

Diesen Teil seiner Rede versuchte die „R. F.“ zu unterschlagen, mußte ihm jedoch am nächsten Tage nachfragen, da er zwar den Tatsachen entspricht, in den Kraus der Stalinisten aber nicht hineinpaßt.

Für die Stimmung der Arbeiter-Kommunisten ist es bezeichnend, daß auf Zellenabenden im X., XIII. und XVII. Bezirk, sowie auf Vermittlungen über das Ausschließen der Trotzlisten vom Kongreß diskutiert und das Verhalten der Kongreßleitung verurteilt wurde.

Das Ergebnis des Kongresses war schon am nächsten Sonntag sichtbar. Von den sozialdemokratischen Arbeitern war ein Großteil nicht mehr erschienen. Zahllose der Erschienenen machten aus ihrer Enttäuschung, dem Fraktionskampf statt der Einheit zu dienen, kein Hehl.

Provinzabonnenten

In Nr. 4 des „Mahnruft“ liegen die Erlagscheine bei. Füllt sie sofort aus und sendet das Geld ein. Wir benötigen dringend jeden Groschen. Der Kampf um die Kampfeinheit der Arbeiterklasse stellt an den „Mahnruft“ immer größere Anforderungen und erfordert dessen weitere Ausgestaltung.

Was uns Arbeiter schreiben.

Wo bleibt die Winterhilfe?

Viele der Ausgesteuerten, viele Arbeitslose haben von dieser „Winterhilfe“ nichts bekommen, obwohl so viel gesammelt wurde und hunderte nichts zum Anziehen haben; keine Schuhe, kein Hemd mehr ihr eigen ist. Diese staatliche Bettelei hatte nur den Zweck, die Arbeitslosen zu beruhigen; denn diese Herren haben nur ein Ziel, die Arbeiterschaft mit Hoffnungen zu verströmen und dabei rechnen sie billig den Winter hindurchzukommen. Es ist schon ein Hohn, daß man den Arbeitslosen die Arbeitslosenunterstützung raubt und mit alten Kleidern abfertigt. Wir fragen, der Gemeinde Graz, wo bleiben, die für die Winterhilfe, gesammelten Gelder? Es wurde gesammelt, um den ausgesteuerten Arbeitslosen zu helfen. Die Ausgesteuerten fordern von der Gemeinde Graz eine finanzielle Unterstützung, sie fordern, daß das Geld dem Zwecke zugeführt wird. Mit Suppe und Wurst kann kein Ausgesteuerter den Zins zahlen, denn die Hausherrn sind nicht zufrieden mit „Wurstsuppe“ oder „Krautsuppe“.

Der Kampf um eine finanzielle Hilfe, um einen einmaligen Anschaffungsbeitrag ist notwendig.

Warum wurde die Kohlenaktion für die Arbeitslosen in zwei Aktionen geteilt?

Die Gemeinde Graz und die Landesregierung haben den Arbeitslosen vorgemacht, daß in diesem Winter 2 Kohlenaktionen durchgeführt werden. Viele waren zufrieden und glaubten, sie werden bei jeder Verteilung je 100 kg die Ledigen und 200 kg die Verheirateten bekommen. Bei der ersten Kohlenausgabe machten die Arbeitslosen lange Gesichter; es bekamen nur 50 kg die Ledigen und 100 kg die Verheirateten, man hat das Quantum, das man in vergangenen Jahren auf einmal gab, heuer auf 2 Aktionen geteilt. Mit Recht fühlen sich die Arbeitslosen nenerlich betrogen. Dabei haben viele Ausgesteuerte und Arbeitslose überhaupt keine Kohlen bekommen. Zum Beispiel: Wenn der Arbeitslose im Monat November nicht die Kontrollstempel aufweisen konnte; wenn der Arbeitslose keine Kontrollkarte noch hatte; wenn Ausgesteuerter oder langjährig Arbeitslose nicht gestempelt haben. Diese hatten das Pech nach mehrjähriger Arbeitslosigkeit eine Aushilfsarbeit zu bekommen, dafür hat man diese, obwohl sie zur Zeit der Kohlenausgabe arbeitslos waren und es bei ihrem Schalter